



## Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung

### Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung am 9. Mai 2022

---

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67  
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 17:58 Uhr

#### Anwesenheit:

##### **Vorsitzender**

Herr Maximilian Schwarz

##### **Ausschussmitglieder**

Herr Jörg Burwitz

Herr Uwe Dalski

Herr Marco Jahns

Frau Dr. Carmen Kannengießer

Herr Albrecht Kiefer

Herr Holger Kliewe

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Daniel Schossow

##### **Stellvertreter/-in**

Herr Jens Denecke

Vertretung für Herrn Schröder/  
Teilnahme per Videokonferenz

Herr Stefan Giese

Vertretung für Herrn Laars

Herr Lutz Herzberg

Vertretung für Herrn Branse

##### **Von der Verwaltung**

Herr Torsten Ewert

Betriebsleiter EB Abfallwirtschaft

Herr Wolfram Roehl

Stellv. FDL 02

Herr Frank Stallbaum

FDL 43

Herr Ulrich Sehl

Geschäftsführer VVR

Frau Anja Pfefferkorn

Protokollführung

Frau Manuela Redlich

Auszubildende

#### Es fehlen:

##### **Ausschussmitglieder**

Herr Uwe Ahlers

entschuldigt

Herr Ernst Branse

entschuldigt

Herr Philipp Laars

entschuldigt

Frau Dr. Doris Schmutzer

entschuldigt

Herr Marco Schröder

entschuldigt

Frau Anita Zimmermann

entschuldigt

## Tagesordnung

### - Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 21. März 2022
5. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN/FR: "Zusätzliches Personal zur Gestaltung der Mobilitätswende im Landkreis Vorpommern-Rügen" A/3/0153
6. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN/FR: "Zusätzliche finanzielle Mittel für Eigenanteile des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Ausbau des Radwegenetzes" A/3/0154
7. Anfragen
8. Mitteilungen

### - Nichtöffentlicher Teil -

9. Vergabeangelegenheit

## Sitzungsergebnis

### - Im öffentlichen Teil -

#### 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schwarz eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung mit 11 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist. Das Ausschussmitglied Herr Jens Denecke nimmt an der Ausschusssitzung per Videokonferenz teil.

#### 2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

#### 3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Schwarz merkt an, dass die Beschlussvorlage des TOP 5 „Vorhaltung und Betrieb eines Wertstoffhofes in der Hansestadt Stralsund“ im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müsse und bittet um Berücksichtigung.

*Herr Kliewe betritt die Sitzung um 17:01 Uhr. (12/15)*

**Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.**

#### 4. Bestätigung der Niederschrift vom 21. März 2022

---

Anmerkungen oder Ergänzungen zu der Niederschrift wird nicht vorgetragen.

**Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestätigt einstimmig bei fünf Enthaltungen die Niederschrift vom 21. März 2022.**

#### 5. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN/FR: "Zusätzliches Personal zur Gestaltung der Mobilitätswende im Landkreis Vorpommern-Rügen" Vorlage: A/3/0153

---

Weitere Ausführungen zu diesem TOP unter dem TOP 6.

#### 6. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN/FR: "Zusätzliche finanzielle Mittel für Eigenanteile des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Ausbau des Radwegenetzes" Vorlage: A/3/0154

---

**Herr Kiefer** begründet anhand einer Präsentation die eingebrachten Anträge der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

*Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.*

**Herr Giese** erfragt, wessen „gemeinsamer Wille“ gemeint sei, wenn er von dem „gemeinsamen Willen“ der Mobilitätswende spreche und wie die finanzielle Umsetzung geplant sei.

Daraufhin teilt **Herr Kiefer** mit, dass dies seine persönliche Wahrnehmung im Kreistag gewesen sei. Bezüglich der Finanzierung sei es eine Frage der Priorisierung der Haushaltsmittel.

**Herr Schwarz** bittet Herrn Stallbaum um Stellungnahme zur Umsetzbarkeit der gestellten Anträge in Bezug auf das vom Kreistag beschlossene Radwegekonzept.

**Herr Stallbaum** führt aus, dass eine Verdopplung der Mittel zur Halbierung der Umsetzungszeit führe, der Landkreis jedoch auch weitere vielfältige Aufgaben habe. Zum Aufgabenkreis der Gemeinden in Bezug auf das Radwegenetz gehöre es Startpunkte, Übergänge und Abgänge zum ÖPNV zu schaffen. Der Landkreis hingegen habe auf den Kreisstraßen die Aufgabe Bindungen bzw. Strecke zu schaffen. Natürlich sei eine Abstimmung seitens des Kreises mit den Kommunen zu der Thematik sehr wichtig. Mit dem Kreistagsbeschluss habe man sich für eine Methodik entschieden, welche mit konkreten Daten, die auch bei den Ämtern erfragt werden, hinterlegt werden müssen. Die daraus resultierende Prioritätenliste werde dem Ausschuss voraussichtlich im September vorgelegt. Momentan komme der Fachdienst mit den Personalkapazitäten im Tiefbau für die geplanten Umsetzungen knapp hin. Erhöhe man die Quoten für Radwege dann müsse man diese entweder beim Straßenausbau senken oder aber eine weitere Stelle schaffen, wenn die Priorisierung gleichbleiben solle. Eine Stelle im Jahr koste etwa 100.000 €. Er stimme Herrn Kiefer zu, sehe jedoch im Managementbereich weniger Probleme.

**Herr Jahns** teilt ebenfalls mit, dass er den Radwegeausbau befürworte. Die

Mobilitätswende möchte den PKW Verkehr durch alternative Verkehrsangebote senken, was jedoch in unserem Flächenlandkreis sehr schwierig sei. Ein Vergleich zu anderen Landkreisen mit einer ähnlichen Struktur sei interessant. Das personelle Problem bestehe auch aufgrund der stetig abnehmenden Kapazitäten der Leute im Baugewerbe und der damit verbundenen besseren Bezahlung in der freien Wirtschaft.

**Herr Stallbaum** informiert, dass in den nächsten 5 Jahren viele Kollegen in Rente gehen und die Nachbesetzung dieser Stellen eine sehr große Herausforderung darstelle.

**Herr Kliewe** kritisiert die Genehmigungsverfahren des Landkreises. Die Umweltauflagen der Behörde seien sehr hoch. Eine Umsetzung des Personals könne auch im Kreistag thematisiert werden. Mit dem Radwegausbau solle etwas Gutes für die Umwelt getan werden, indem der Verkehr entlastet werde. Deshalb verstehe er nicht, warum viele Sachen aufgrund von hohen Auflagen nicht umsetzbar seien.

**Frau Dr. Kannengießer** ergänzt, sie habe vor 5 Jahren an der Vorstellung der „Radwegebetreuung im Landkreis Mecklenburgische-Seenplatte“ teilgenommen. Dort haben sie 2 ½ Radwegebeauftragte.

**Herr Stallbaum** führt aus, dass von 4 Mio. € Fördersumme, die in M-V an alle Landkreise ausgegeben wurden, für den Landkreis Vorpommern-Rügen und deren Gemeinden 1,4 Mio. € sichergestellt wurden. Dies sei nur durch die gute Arbeit des Radwegebeauftragten Herrn Hack möglich gewesen. Die drei Punkte, um „Strecke“ machen zu können, seien entscheidend. Das seien zum einen die finanziellen Ressourcen des Kreises, um bauen zu können, die personelle Situation des Kreises, um diese Investition umsetzen zu können sowie die Situation am Markt, um Firmen dafür gewinnen zu können.

**Herr Herzberg** merkt an, dass die beiden Anträge bereits im Mobilitätsausschuss abgelehnt worden seien. Der Radwegeausbau der Überlandradwege sei hier in erster Linie überwiegend für den Tourismus und weniger Alternative, um das Auto einmal stehen zu lassen. Man könne ja letztendlich der Umwelt nur etwas Gutes tun, wenn man anstelle des PKW mit dem Fahrrad zum Ziel fahre.

Auf Nachfrage von Herrn Denecke, ob die Stelle des Radwegebeauftragten eine Voll- oder Teilzeitstelle sei, teilt **Herr Stallbaum** mit, dass Herr Hack Vollzeit beschäftigt werde.

**Herr Kliewe** erfragt, ob die 1,25 Mio. €, die der Landkreis jetzt investiere, von den 4 Mio. € Landeszuschuss seien.

**Herr Stallbaum** verneint die Frage und antwortet, dass die 1,25 Mio. € nichts mit den 4 Mio. € Förderung vom Land zu tun haben.

**Herr Kiefer** führt aus, dass die Anträge sich nicht gegen die Verwaltung richten. Der Fachdienst mache einen guten Job. Zur Mobilitätswende gehöre aber nicht nur der Radwegeausbau, sondern auch der Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen.

**Herr Herzberg** erfragt, ob es sich um vier zusätzliche Stellen handle.

**Herr Kiefer** bejaht die Frage und merkt an, dass die Anträge sehr zukunftsorientiert seien.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung über den Antrag für zusätzliches Personal zur Gestaltung der Mobilitätswende im Landkreis Vorpommern-Rügen.

**Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung lehnt den Antrag mehrheitlich bei drei Ja-Stimmen, acht Gegenstimmen und einer Enthaltung ab.**

Herr Schwarz bittet um Abstimmung über den Antrag für zusätzliche finanzielle Mittel für Eigenanteile des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Ausbau des Radwegenetzes.

**Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung lehnt den Antrag mehrheitlich bei drei Ja-Stimmen, acht Gegenstimmen und einer Enthaltung ab.**

## **7. Anfragen**

---

Anfragen werden nicht gestellt.

## **8. Mitteilungen**

---

Herr Roehl teilt mit, dass aufgrund der Entwicklung der letzten Tage und Wochen eine nicht planbare Erhöhung der Energie- und Spritpreise zu verzeichnen sei. Das hat zur Folge, dass die VVR einen Revisionsantrag beim Landkreis eingereicht habe, um diese Kosten decken zu können. Der Revisionsantrag werde derzeit intern geprüft, bevor eine externe Prüfung stattfindet.

Herr Sehl ergänzt, dass das Ende der Preisspirale noch nicht erreicht sei. Die VVR tanke pro Jahr 3 Mio. Liter Diesel. Die Liquidität der VVR habe bereits in den ersten Monaten des Jahres stark abgenommen.

Herr Denecke erfragt, ob es zur BBR schon Neuigkeiten gebe.

Herr Schwarz führt aus, dass es dazu einen Trägertipp gegeben habe. Das Thema werde auch nochmal im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Jobcenter thematisiert und ausgewertet.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Schwarz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

03.08.2022, gez. Maximilian Schwarz

---

Datum, Unterschrift  
Ausschussvorsitzender

03.08.2022, gez. Anja Pfefferkorn

---

Datum, Unterschrift  
Protokollführerin

## Mobilitätswende

- Gemeinsamer Wille vorhanden, aber
- Umsetzung muss jetzt starten, ausreichende Mittel (Finanzen, Planstellen) kurzfristig bereitstellen
- Aktuelle Planung  
Radwegekonzept gut, aber  
erst ab 2024 125.000 Eur 10%-Eigenanteil des LK -> 1,25 Mio
- Bisher nur 1 Radwegebeauftragter
- Mobilitätswende = Verknüpfung verschiedener Verkehrsangebote gekennzeichnet durch Modal Split

## Modal Split

wird in der Verkehrsstatistik die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsträger oder Verkehrsmittel (Modi) genannt. Eine andere gebräuchliche Bezeichnung im Personennahverkehr ist **Verkehrsmittelwahl**. Der Modal Split beschreibt das Mobilitätsverhalten

Städte in Deutschland [ Bearbeiten | Quelltext bearbeiten ] **Sortierung nach Fahrrad**

Land ↕	Stadt ↕	zu Fuß ↕	Fahrrad ▼	ÖPNV ↕	Kfz ↕
	Oldenburg	9 %	43 %	5 %	43 %
	Münster	22 %	39 %	10 %	29 %
	Freiburg im Breisgau	29 %	34 %	16 %	21 %
	Bremen	25 %	25 %	15 %	36 %
	Karlsruhe	24 %	25 %	17 %	34 %
	Paderborn	18 %	23 %	7 %	52 %
	Frankfurt am Main	26 %	20 %	21 %	33 %
	Hannover	26 %	19 %	19 %	36 %
	Köln	25 %	19 %	21 %	35 %
	Leipzig	27 %	19 %	18 %	36 %
	Berlin	30 %	18 %	27 %	26 %

	Wiesbaden	28 %	6 %	16 %	49 %
	Stuttgart	26 %	5 %	24 %	45 %
	Hagen	16 %	3 %	19 %	62 %

Sortiert nach ÖPNV



Land ⇅	Stadt ⇅	zu Fuß ⇅	Fahrrad ⇅	ÖPNV ▼	Kfz ⇅
	Berlin	30 %	18 %	27 %	26 %
	München	24 %	18 %	24 %	34 %
	Stuttgart	26 %	5 %	24 %	45 %
	Nürnberg	24 %	14 %	23 %	39 %
	Mainz	22 %	17 %	22 %	39 %
	Hamburg	27 %	15 %	22 %	36 %
	Dortmund	19 %	10 %	22 %	49 %
	Frankfurt am Main	26 %	20 %	21 %	33 %
	Köln	25 %	19 %	21 %	35 %
	Dresden	26 %	18 %	20 %	36 %
	Hannover	26 %	19 %	19 %	36 %
	Essen	19 %	7 %	19 %	55 %
	Münster	22 %	39 %	10 %	29 %
	Paderborn	18 %	23 %	7 %	52 %
	Oldenburg	9 %	43 %	5 %	43 %

Sortiert nach KFZ



Land ↕	Stadt ↕	zu Fuß ↕	Fahrrad ↕	ÖPNV ↕	Kfz ▼
	Hagen	16 %	3 %	19 %	62 %
	Essen	19 %	7 %	19 %	55 %
	Osnabrück	19 %	12 %	16 %	53 %
	Paderborn	18 %	23 %	7 %	52 %
	Dortmund	19 %	10 %	22 %	49 %
	Wiesbaden	28 %	6 %	16 %	49 %
	Stuttgart	26 %	5 %	24 %	45 %
	Oldenburg	9 %	43 %	5 %	43 %
	Bonn	28 %	15 %	17 %	41 %
	Nürnberg	24 %	14 %	23 %	39 %
	Mainz	22 %	17 %	22 %	39 %

	Münster	22 %	39 %	10 %	29 %
	Berlin	30 %	18 %	27 %	26 %
	Freiburg im Breisgau	29 %	34 %	16 %	21 %

# Realisierung der Mobilitätswende erfordert

## Zusätzliche Stellen für Mobilitätsmanager

- Realisierung des Radwegekonzepts
- Umsetzung des Nahverkehrsplans
- Kontinuierliche Aktualisierung aufgrund gesetzlicher Rahmenbedingungen, Fördermöglichkeiten
- Kontinuierliche Überprüfung des Zielerreichungsstandes
- Kommunikation und Koordination mit Ämtern, Verkehrsbetrieben, Förderinstituten, Bürgern
- u.a.m

## Zusätzliche Stellen im Tiefbau

Zeitnahe Realisierung erfordert deutliche Aufstockung der Stellen im Bereich Tiefbau  
(Arbeitsmarktbedingungen können sich schnell ändern!)

## Wie machen es andere?

- Landkreis MSE: Radwegebeauftragter und Mobilitätsmanager getrennte Vollzeitstellen
- Stadt Rostock: Eigenes Amt für Mobilität mit 3 Fachbereichen

weitere nach Recherche